

Albig droht den Glücksspiel-Anbietern

„Wer jenseits der Landesgrenzen Online-Poker betreibt, verliert sofort seine Lizenz. Das geht ganz schnell.“

Kiel. Nach der Vergabe von zwölf Online-Lizenzen für Glücksspiel-Anbieter will der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) schwarze Schafe schnell wieder loswerden. Er kündigt strenge Kontrollen und schnelle Lizenzentzüge an. Mit Albig sprach unsere Redakteurin Uta Wilke.

Sie sind gut ein halbes Jahr Chef einer Regierung, die nur über eine Ein-Stimmen-Mehrheit verfügt. Macht das Regieren unter diesen Umständen Spaß?

Es macht große Freude. Wir sind stolz, regieren zu dürfen. Ein-Stimmen-Mehrheiten wirken sehr disziplinierend. Jeder ist sich immer bewusst, dass wir zusammenstehen müssen, um erfolgreich sein zu können.

Die Piraten helfen Ihnen ja auch gern ein bisschen aus.

Bisher hat tatsächlich meistens ein Teil der Piratenfraktion mit uns gestimmt, sodass wir fast immer eine Mehrheit von mehr als einer Stimme hatten.

Rot-Grün-Blau hat den Koalitionsvertrag fleißig abgearbeitet. Aber man hat den Eindruck, dass es an einem gemeinsamen Projekt fehlt, mit dem die Koalition in der Bevölkerung identifiziert wird.

Dieser Eindruck wäre grundfalsch. Ich bin überzeugt, dass die Menschen am Ende der Legislaturperiode sagen werden: Unserem Land geht es besser. Wir haben zwei Projekte von überragender Bedeutung für die Zukunft bereits jetzt angeschoben. Das eine ist Schleswig-Holstein als Energiewende-Land. Da werden wir – aufgrund der koordinierenden Rolle, die Robert Habeck und ein wenig auch ich spielen – als diejenigen wahrgenommen, die im Bund am meisten Druck machen.

Aber die Mittel sind knapp. Angesichts der Schuldenbremse können nur wenige Wünsche erfüllt werden.

Intelligente Haushaltspolitik heißt nicht, den Menschen etwas aus den Rippen zu schneiden und ständig Katastrophenszenarien zu entwickeln, damit die Zahlen aufgehen. Intelligente Haushaltspolitik muss in langen Zeiträumen gedacht werden. Wenn nicht in Bildung investiert wird, werden die sozialen Folgekosten in den nächsten Jahrzehnten umso höher. Die Vorgängerregierung wollte Musterschüler des Sparens sein und dem Bundesfinanzminister zeigen, dass sie noch fleißiger als andere ist. Ich möchte lieber Musterschüler im Aufbauen eines starken Landes sein.

Sie haben Ihr wichtigstes Projekt, den Ausbau der Kleinkinderbetreuung, durchgesetzt und den Dauerstreit zwischen Land und Kommunen beendet. Ist das auch ein Sieg über die Grünen, die den Plan im Wahlkampf als unbezahlbar bekämpft hatten?

Nein, wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen klug geeinigt. Ich bin sehr stolz, dass wir es geschafft haben, die Klage der Kommunen gegen das Land gemeinsam für erledigt zu erklären – auch weil im Falle einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichts das Ganze für das Land wahrscheinlich wesentlich teurer geworden wäre.



glauben an die Bedeutung von Wasserwegen und von schienengebundenem Nahverkehr. Die Zusage gilt, dass die Stadtregionalbahn umgesetzt wird, wenn wir sie umsetzen können. Sie ist ein Motor für Wirtschaftswachstum in einer Region, die das dringend braucht. Aber dazu bedarf es der Zustimmung der Nachbarkreise. Ich glaube, sie würden es in 15 oder 20 Jahren bitter bereuen, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung blieben. Denn der autogebundene Individualverkehr wird immer kostspieliger, weil die Benzinpreise steigen. Wir können nur werben. Im Hamburger Umland ist das Bewusstsein weiter als im Raum Kiel. Ich gebe zu bedenken, dass die Mittel endlich sind und die Haushaltswelt nicht besser wird.

Sie wollen den Kommunalen Finanzausgleich reformieren. Ihr Innenminister hat erklärt, dass vor allem die – bisher benachteiligten – Zentren profitieren müssen. Würden Sie das unterschreiben?

Die Reform muss zum Ziel haben, diejenigen zu stärken, die Aufgaben für andere übernehmen. Das sind oft die Zentren. Sie halten ihrem Umland vor allem soziale Lasten von der Tasche. Sozial schwächere Menschen leben vor allem in großen Städten wie Kiel und Lübeck oder im Hamburger Umland. Dort entstehen die sozialen Brennpunkte. Erfüllen die Städte ihre Aufgaben nicht, lösen sich die Probleme nicht in Luft auf. Sie gehen irgendwann auch in die ländlichen Räume hinein.

Also können sich die Städte auf

im Bund am meisten Druck machen.

Das ist aber auch ein sehr zähes Projekt.

Natürlich ist das kein Projekt, bei dem Sie einfach durch die Macht Ihrer Worte in einem halben Jahr ganze Netze organisiert haben. Dennoch bleibt dies das – auch ökonomisch – wohl bedeutendste Vorhaben in Deutschland.

Das andere Projekt ist die Bildung.

In all ihren Facetten. Das ist nicht, wie die Vorgängerregierung glauben machen wollte, einfach ein Haushaltsthema – ein Gebiet, auf dem man beliebig kürzen kann. Letztlich geht es für die Menschen um die Frage: Gibt es genug Krippen oder nicht? Engagieren wir uns für mehr Lehrerstellen oder bauen wir sie immer weiter ab? Sind unsere Hochschulen angemessen ausgestattet oder sind sie rott? Und hinter all dem die Frage, tun wir genug für ein kluges Land?

Ganze für das Land wahrscheinlich wesentlich teurer geworden wäre.

Ihre Finanzministerin hat neulich noch einmal betont, dass das Geld für die Kommunen zum Ausbau der Krippenplätze – bis zum Ende der Legislaturperiode 80 Millionen Euro jährlich – längst nicht erwirtschaftet ist. Woher soll es kommen?

Die 80 Millionen sind der größte Teil. Wir wollen den Kommunen aber die gesamten 120 Millionen Euro jährlich zurückgeben, die ihnen durch den Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich weggenommen wurden. Dieses Versprechen gilt. Natürlich muss das Geld noch erarbeitet werden. Das wird sehr harte Arbeit. Aber: Der Ausbau der Krippenplätze ist kein Konsum der jetzigen Generation, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Beim Glücksspiel ist der für die Landesregierung schlimmste Fall eingetreten. Sie mussten erst-

Torsten Albig (49, SPD) ist seit dem 12. Juni Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Von 2009 bis 2012 war er Oberbürgermeister von Kiel.

mals in Deutschland zwölf Lizenzen für Online-Casinospiele wie Poker vergeben. War das nicht zu verhindern?

Nein. Wir haben einen Rechtszustand, der nicht meine politische Zustimmung findet, aber vom alten Gesetzgeber beschlossen war. Es kann nicht angehen, dass ich mich – nur weil ich eine Wahl gewonnen habe – über noch geltendes Recht hinwegsetze. Die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenzen waren erfüllt. Leider.

Was heißt das für den Beitritt Schleswig-Holsteins zum Staatsvertrag der anderen 15 Länder?

Wir bereiten den Beitritt für Januar vor. Trotzdem könnten uns aus den Poker-Lizenzen Nachteile entstehen. Wir haben es zum Beispiel bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich auch mit Men-

schen zu tun. Einige Ministerpräsidenten sind sehr verärgert über den von Schwarz-Gelb eingeschlagenen Sonderweg. Dies ist kein parteipolitischer Konflikt. Hier hat sich ein Land gegen alle anderen gestellt. Aber eines ist sicher: Wer jetzt glaubt, Glücksspiele jenseits der Grenzen unseres Landes anbieten zu können, der verliert sofort seine Lizenz. Das geht ganz schnell. Wir werden das streng kontrollieren.

Sie wollen die Ländergarantien für die HSH Nordbank wieder aufstocken, um sie in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Wird das reichen?

Hamburg und Schleswig-Holstein senden mit der Bereitschaft, den Garantierahmen wieder von sieben auf zehn Milliarden Euro zu erhöhen, auch an die EU-Kommission das

wichtige Signal, dass wir zu unserer Bank stehen. Bei dieser Höhe waren wir ja schon mal, aber die HSH hat den Garantierahmen gesenkt, um Gebühren zu sparen – was nicht sehr klug war. Wir erwarten, dass der Vorstand seine Hausaufgaben macht und beweist, dass sein Geschäftsmodell – insbesondere im Firmenkundenbereich – erfolgreich ist.

Im Sommer hatten Sie einen flammenden Appell an die Kieler Wirtschaft und die Nachbarkreise gerichtet, sich für die Stadtreionalbahn einzusetzen. Jetzt sieht alles danach aus, dass Ihr Verkehrsminister den Ausbauplänen für die S-Bahn-Strecken im Hamburger Umland den Vorrang gibt. Ist das Vorhaben ad acta gelegt?

Im Gegenteil. Für uns ist Infrastruktur mehr als Straße. Wir

Also können sich die Städte auf eine bessere Finanzausstattung freuen?

Wir müssen dort viel tun, aber auch den neuen Aufgaben der ländlichen Räume im Bereich der Energiewende Rechnung tragen. Sie stehen vor einer Wachstumswelle. Und dafür ist es notwendig, dass sie Infrastruktur und die richtigen Bildungseinrichtungen schaffen. Mein Ziel ist es, die Diskussion nicht wie früher konfrontativ zu führen. Das Geld muss dahin fließen, wo besondere Leistungen erbracht werden.

Müssen sich die Schleswig-Holsteiner darauf einstellen, dass Sie im Falle eines SPD-Wahlsiegs im Bund nach Berlin wechseln?

Nein. Ich werde als Ministerpräsident eine SPD-geführte Bundesregierung nach Kräften unterstützen. Es ist wichtig, dass sie starke Länder an ihrer Seite hat, die ihr im Bundesrat Geleitschutz geben. Das werde ich mit großer Freude von Kiel aus tun.

